

Ungnädig kommentierte die Klimaaktivistin die Arbeit der Grünen. Man müsse sich „mit Emissionsgrenzen und wirklich radikalen Emissionsreduktionen“ befassen, sagte die Rednerin auf einer Fridays-for-Future-Demo in Berlin im vorigen Jahr. Das „Klimachaos“ werde man nicht mit „kleinen Justierungen“ bewältigen. Und schließlich: „Dazu brauchen die Grünen ein Programm und eine Sprache, um das in aller Klarheit und aller Ehrlichkeit auszudrücken.“ Was die Partei derzeit anbiete, sei nicht konkret und nicht deutlich genug.

VON ANSGAR GRAW

Die Grünen-Kritikerin heißt Luisa Neubauer, sie ist das deutsche Gesicht von Fridays for Future – und zugleich Mitglied jener Partei, deren Programmatik sie für unzureichend hält. Das Basismitglied sagt nichts anderes, als dass ihre Vorsitzenden Robert Habeck und Annalena Baerbock zu zaghaft seien in ihren Forderungen.

Bislang profitieren Grüne und die Fridays-for-Future-Bewegung voneinander. Etliche der jungen Demonstranten haben sich der Partei und insbesondere ihrer Jugendorganisation angeschlossen, wie die ehemalige Grüne-Jugend-Vorsitzende Jamila Schäfer bestätigt. Und die Partei wiederum sieht ihre zentralen Themen im vorparlamentarischen Raum durch die Schüler und Studenten propagiert. Denn beide, Partei und Fridays for Future, sind ja im Grunde einig: Die Politik müsse viel entschiedener auf eine Erfüllung der Pariser Klimaziele dringen. Wenn das nicht geschehe, drohe die Apokalypse – nicht erst in einer fernen Zukunft, sondern schon zu Lebzeiten der heutigen Jugend.

Zwar fallen die Szenarien im Bericht des Weltklimarats der Vereinten Nationen längst nicht so alarmistisch aus. Da wird für den Worst Case, also den schlimmsten Fall eines weiteren Temperaturanstiegs, ein Anstieg des Meeresspiegels bis zur nächsten Jahrhundertwende um etwas mehr als einen Meter vorausgesagt – was die Menschheit vor große Probleme stellen würde, aber keiner globalen Katastrophe gleichkäme. Denn durch Maßnahmen wie Schutzmauern, Dämme und Rückhaltebecken ließen sich die meisten küstennahen Städte und sogar der Großteil der Inseln gegen Überschwemmungen und Sturmfluten mutmaßlich schützen – falls mittelfristig die Erderwärmung wieder abnimmt und die CO₂-Emissionen deutlich reduziert werden.

Doch in der Wahrnehmung der Fridays-for-Future-Aktivisten reagiert die Politik zu langsam – darum setzt man bei aller Kritik auf die Grünen, nicht auf die große Koalition. Was aber passiert, wenn die Grünen mitregieren? Es gibt kaum mathematisch und politisch nachvollziehbare Szenarien, in denen die nächste Regierungsbildung ohne den grünen Faktor auskäme. Schwarz-Grün ist recht wahrscheinlich, Grün-Schwarz zumindest nicht ausgeschlossen und eine Jamaikakoaalition unter Beteiligung der FDP denkbar, falls Union und Grüne zusammen nicht genug auf die Waage bringen sollten. Im linken Lager hofft man auf Grün-Rot-Rot, auch wenn dazu die SPD ihren demoskopischen Tiefstand weit hinter sich lassen müsste.



Umweltaktivistin Luisa Neubauer und Grünen-Chef Robert Habeck. Die bisherige Arbeitsteilung lautet: „Die Grünen im Parlament, wir auf der Straße“

Freunde auf Zeit

Grüne und Fridays for Future fordern eine entschiedener Klimapolitik. Was aber, wenn die Grünen als Regierungspartei Kompromisse schließen müssen? Kommt dann die Party for Future?

Aber: In welcher Konstellation die Grünen auch immer künftig mitregieren, sie bleiben angewiesen auf Regierungspartner, auf parlamentarische Mehrheiten und auf Kompromisse im Bundesrat. Dass sie mit diesen Zwängen „in aller Klarheit und aller Ehrlichkeit“ genug „Klimawende“ nicht nur formulieren, sondern auch realisieren könnten, um die von Luisa Neubauer formulierten Bedingungen zu erfüllen, ist zweifelhaft. Sie sähen sich zu Kompromissen und Zugeständnissen gezwungen.

Beispiel Kohleausstieg: Die große Koalition hat ihn vor einem Jahr nach zähen Verhandlungen mit Wissenschaftlern, Wirtschaft, Arbeitgebern und Gewerkschaften auf 2038 datiert.

Mancher Grüne räumt im Hintergrund ein, dass eine Jamaikakoaalition wohl kein grundsätzlich anderes Ergebnis erzielt hätte. Vielleicht wäre das Datum um ein Jahr vorgezogen worden, kaum aber um zwei oder gar mehr Jahre. Und die Partei hätte nicht den Spielraum, allzu radikale Forderungen etwa nach einer massiven Verteuerung von Benzin und Diesel oder einem Verbot innerdeutscher oder innersuropäischer Flüge zu formulieren. Denn dadurch entstünde für die Grünen „die Gefahr, dass sie mit dem Ruf nach Verbots und rabiaten, sprich teuren Klimaschutzmaßnahmen potenzielle Wähler verschrecken“, sagte der Parteienforscher Oskar Niedermayer im Interview mit „Focus“.

Was aber geschieht, wenn sich die von Greta Thunbergs Beschwörung einer allgemeinen „Panik“ inspirierte Fridays-for-Future-Bewegung von ihrem vermeintlich letzten Verbündeten im aktuellen Parteiensystem verlassen sähe? Dann könnte die Idee reifen für eine „wirklich“ grüne Partei. Sie stünde links von den heutigen Grünen, viele ihrer potenziellen Initiatoren stellen den Parlamentarismus ob seiner langwierigen, nicht einmal immer in ihrem Sinne ausfallenden Entscheidungsprozesse infrage. So hatte Luisa Neubauer mehrfach kritisiert, dass der aktuelle Politikbetrieb zu lange brauche, um Ergebnisse zu zeitigen.

Eine Partei im Parlament, die den Parlamentarismus ablehnt, mag wider-

sprüchlich klingen – aber vor 40 Jahren war eine solche Haltung bei den gerade neu gegründeten Grünen, die sich im Sinne ihrer ersten Ikone Petra Kelly als „Antiparteipartei“ definierten, durchaus verbreitet. Auch die Idee des Antikapitalismus, der bei den frühen Grünen nicht nur infolge der vorübergehenden starken Rolle von Vertretern maoistischer und trotzkistischer K-Gruppen lange Zeit tonangebend war, würde eine solche (bislange rein fiktive) Parteigründung weiter links ansiedeln. „Burn capitalism not coal“ ist eine gängige Forderung bei Fridays-for-Future-Demonstrationen.

Ist eine Party for Future realistisch? Wer sich in den Kreisen der Demonstranten umhört, erhält den Eindruck,

dass man sich bislang nur wenig mit dieser Idee beschäftigt – was zum einen an der bisherigen Arbeitsteilung „Die Grünen im Parlament, wir auf der Straße“ liegen mag und zum anderen dem jugendlichen Alter der Fridays-for-Future-Demonstranten geschuldet sein könnte. Wer noch nicht wahlberechtigt ist, findet das Engagement in einer gesellschaftlichen Bewegung, der Medien und Politik (und neuerdings auch die Wirtschaft, von Siemens bis Davos) viel Respekt entgegenbringen, mutmaßlich attraktiver als die Ochsentour in den Strukturen einer Partei.

Andererseits: Wer sich 16-jährig früh von Greta Thunbergs Schulstreikbewegung aktivieren ließ, darf bei der nächsten Bundestagswahl mutmaßlich schon seine Stimme abgeben. Da wird dann das Engagement in einer bestehenden oder einer neuen Partei realistischer – auch wenn eine solche Entwicklung bei den Aktivisten bislang kaum ein Thema ist.

„Kurzfristig sehe ich keine Bestrebungen bei Fridays for Future, eine Partei zu gründen“, sagt denn auch der Soziologe und Protestforscher Moritz Sommer, der im vergangenen Jahr mit Kollegen eine Studie über „Profil, Entstehung und Perspektiven der Protestbewegung“ veröffentlicht hat. „Die Aktivisten werden jetzt zunächst neue Aktionsformen ausprobieren“, darunter eine für Juni angekündigte Großaktion im Berliner Olympiastadion oder „wie bei Siemens stärker auf die Verantwortung einzelner Unternehmen aufmerksam machen“, sagt Sommer, der beim in Berlin ansässigen Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) tätig ist. „Eine Parteigründung steht da nicht an, zumal man ja zunächst auch in den Grünen einen Verbündeten sieht. Die Grünen haben ja auch einen deutlichen Zulauf aus der FFF-Bewegung erlebt.“

Allerdings schränkt Sommer ein, das gelte „auf jeden Fall“, solange die Grünen „in der Opposition sind“. Sollten sie aber Teil der Regierung werden „und mit ihrer Politik die Klimaaktivisten sehr enttäuschen, würde das Thema sicher neu diskutiert. Dann wäre eine Parteigründung aus meiner Sicht nicht mehr völlig ausgeschlossen“. Doch bislang weise „nichts darauf hin, dass es dazu kommen würde“, sagt der Forscher.

Der Musiker und Digitalexperte Johnny Haeusler, Mitbegründer der Gesellschaftskonferenz re:publica, traut Fridays for Future eine solche Entwicklung zu. Bei Themen wie Europa, Nachhaltigkeit, Asylrecht, Verkehrspolitik, Bildung, Tierrechte oder Chancengleichheit könnten Jugendliche radikalere Forderungen stellen als Erwachsene. Darum sei eine Parteigründung aus der Fridays-for-Future-Bewegung, erweitert unter anderem um die YouTube-Community und durchaus auch ältere Wissenschaftler denkbar, schrieb Haeusler in der „Berliner Zeitung“.

Bei den Grünen wird versichert, man habe sich mit der Frage einer Party-for-Future-Gründung „noch nicht so wahnsinnig viel beschäftigt“. Die Partei will Regierungsverantwortung im Bund übernehmen. Führende Politiker räumen gleichwohl hinter vorgehaltener Hand ein, dass auch sie wohl unvermeidlich zur Zielscheibe jugendlicher Kritik gerieten, wenn sie aus der Opposition ins Kabinett wechselten – oder gar ins Kanzleramt.